

»Jeder darf sein Mandat frei ausüben«

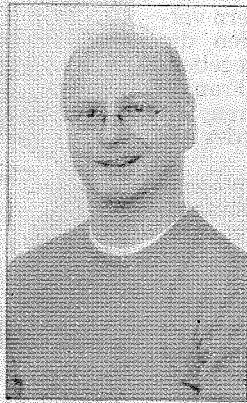
Bürgerhaus-Sanierung: CDU weist Kritik an Entscheidung der Opposition zurück

Reichelsheim (dab). Die Kritik von Ehrenstadtverordnetenvorsteher Hagen Behrens (SPD), CDU und FWG hätten bei der Abstimmung über die Sanierung des Weckesheimer Bürgerhauses den Wählerwillen missachtet, weist CDU-Stadtverbandsvorsitzender Holger Hachenburger zurück. »Es ist das Recht und die Pflicht eines jeden Stadtverordneten, sein Mandat frei auszuüben«, schreibt Hachenburger in einer Pressemitteilung.

Zum Hintergrund: In der jüngsten Stadtverordnetenversammlung hatten drei Vertreter von SPD und Grünen gefehlt, wodurch die knappe rot-grüne Mehrheit gekippt war: Bei Vollzähligkeit sind SPD und Grüne mit 14 Abgeordneten vertreten, Union und Freie Wähler mit 13. Die Opposition konnte daraufhin die kleine Sanierungsvariante fürs Bürgerhaus durchsetzen.

»Miesen politischen Stil« hatte Behrens das in seinem Leserbrief genannt und mit einem »ungeschriebenen Gesetz« begründet: Wenn die vom Volk gewählte Mehrheit durch Erkrankungen von Abgeordneten nicht mehr sicher sei, nähmen von der Opposition einige Abgeordnete nicht an der Abstimmung teil. Die Reichelsheimer Opposition hingegen habe das krankheitsbedingte Fehlen von Stadtverordneten genutzt, um ihre Vorstellungen vom Umbau des Bürgerhauses Weckesheim durchzusetzen, rügt Behrens. Nicht alle drei der fehlenden Vertreter von SPD und Grünen waren allerdings krank. Einer fehlte aus privaten Gründen, einer aus beruflichen.

Hachenburger rechtfertigt das Votum so: Stadtverordnete an ihrem Recht auf freie Ausübung ihres Mandats zu hindern, habe die Hessische Gemeindeordnung nicht vorge-



Holger Hachenburger

sehen. Dies entspräche auch nicht dem Verständnis der CDU. Das gelte insbesondere dann, wenn es sich um Entscheidungen »mit erheblichem Einfluss auf die Finanzkraft der Stadt« handele. »SPD und Grüne haben eine Sanierungsvariante des Weckesheimer Bürgerhauses propagiert, mit denen die Stadt offenen Auges in ein finanzielles Desaster gelaufen wäre«, kritisiert er. Denn die Verwirklichung der großen Variante hätte einen Mehraufwand von über 400 000 Euro bedeutet. »Geld, das der Kämmerer weder heute noch künftig hat«, sagt Hachenburger. »Es kann nicht sein, dass ein Parlament illusorische

Luftschlösser baut.« Spätestens bei der Haushaltsgenehmigung wäre das Vorhaben an der Kommunalaufsicht gescheitert.

Zur Politik gehöre es, so Hachenburger weiter, ehrlich mit den Bürgern umzugehen. »CDU und FWG haben mit ihrer Abstimmung einer Sanierung des Bürgerhauses zugestimmt, die 99 Prozent der Weckesheimer Wünsche ermöglicht. Die großen Veranstaltungen können bleiben, und die Ideen der Bürgerbeteiligung wurden berücksichtigt.«

Der politische Stil in Reichelsheim drücke sich gerade dadurch aus, dass Entscheidungen sachorientiert getroffen würden. »Das klassische Regierungs-/Oppositionsschema mag auf Bundes- und Landespolitik seine Berechtigung finden, in der Kommunalpolitik sicherlich nicht.« Nach dem Verlust der absoluten SPD-Mehrheit 2011 habe sich eine demokratische Streitkultur gebildet. »So gab es in der rot-grünen Kooperation keine Mehrheit für das Raiffeisengelände. Die Beschlüsse wurden von SPD, CDU und FWG gemeinsam gefasst«, betont Hachenburger.